

„Wie geht's? – Die Stimmungslage in Deutschland“

Vortrag für den Seelsorgetag 2018, Stuttgart Birkach am 11.06.2018

„Was die persönliche Situation betrifft, sind die allermeisten Menschen in Deutschland zufrieden, viele sogar sehr zu frieden. Aber aufs Ganze blicken diese Zufriedenen sorgenvoll.“ sagt einer der führenden Soziologen, Prof. Heinz Bude, von der Uni Kassel. Dabei markiert er mithilfe dreier Fragestellungen die gesellschaftlichen Herausforderungen, auf die es seiner Meinung nach ankommt, wenn man die Stimmungslage eines Menschen zum jetzigen Zeitpunkt in unserem Land erfahren will:

1. Wird Deutschland in der Zukunft wirtschaftlich weiter so stark sein wie heute?
2. Werden die Verächter der Parteiendemokratie stärker?
3. Werden wir mit den Flüchtlingen in Deutschland so etwas bekommen, wie die Vorstädte in Frankreich?

Ich werde im Folgenden anhand dieser drei Fragestellungen versuchen zuerst auf der deskriptiven Ebene – dann auch auf der analytischen Ebene mich den jeweiligen Sachverhalten zu nähern und habe dabei für mich zur Hilfe jeweils einen kleinen Kommentar angefügt, um den Horizont der Komplexität, der sich meiner Meinung nach hinter der jeweiligen Fragestellung verbirgt, zu beschreiben.

Zum Schluss versuche ich mich an möglichen Konsequenzen kirchlichen Handelns. Bin mal gespannt, was Sie mir danach rückmelden oder um die Ohren hauen!

Zu 1. Wird Deutschland in der Zukunft wirtschaftlich weiter so stark sein wie heute? – mein Kommentar dazu lautet: Vertrauensverlust in die Politik und schwindende Lebens-Zuversicht sind zentrale Probleme vieler Menschen.

Obwohl es Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Staaten sehr gut geht, und man denken könnte, die Frage nach einer Absicherung von Wohlstand wäre typisch deutsch, trifft dies nicht zu. Der Westen insgesamt erlebt eine Derangierung seiner selbst, weil Kernfragen einer zukünftigen Gesellschaft nicht beantwortet sind: Z.B.:

- Wie sieht ein wirtschaftliches Wachstum aus, das möglichst alle mitnimmt?
- Welche Form der sozialen Sicherung fördert die Selbstverantwortung ohne die Sozialverantwortung zu verraten? (Diskussion um Grundeinkommen)
- Welche Rolle spielt Europa in einer veränderten Welt? (Die USA sind nach wie vor die stärkste Militärmacht der Welt, aber China wird sie bald als größten Binnenmarkt der Welt ablösen und in der postkolonialen Konstellation treten neue Mächte mit anderen Religionen auf den Plan.)

Im Fokus dieser Fragen spielt Deutschland – und wir spüren das in den aktuellen Debatten, wenn es um Europa, Friedenssicherung, Energiewende, u.a. geht - plötzlich spielt Deutschland eine ganz andere Rolle, als bisher, aber es nimmt diese Rolle nur zögerlich an, weil es unvorbereitet dafür ist. Auch die etablierten deutschen Parteien haben keine wirklichen Antworten gefunden, geschweige denn Strategien entwickelt, weil sie selber ratlos sind, mit welchen Projekten dem Land / Europa ein neuer Schub verliehen werden kann. Das nehmen die Menschen auch wahr, weshalb man der Politik zunehmend nicht mehr wirklich zutraut, die Moderation der Entwicklung zu übernehmen.

Diese politische Wahrnehmung in Deutschland – „ober drastischer ausgedrückt - diese „politische Frustration“ - steht jedoch im Gegensatz zu aktuellen Zahlen: Deutschland verzeichnet derzeit Rekordbeschäftigung. Von entscheidender Bedeutung für den Wohlstand im Land ist die Lage am Arbeitsmarkt. Und wie alle Statistiken zeigen, hält das seit zehn Jahren andauernde deutsche Jobwunder an. So sank laut des Amtes für Bundesstatistik im Berichtszeitraum 2012 bis 2016 die Arbeitslosigkeit spürbar und erreichte den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. Seit dem Start der Hartz-Reformen 2005 schrumpfte die Zahl der Jobsuchenden um fast 50 Prozent.

Besonders stark profitierten junge Menschen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei nur noch 5,3 Prozent und ist damit niedriger als in jedem anderen EU-Land. Aber auch für die Älteren haben sich die Beschäftigungschancen enorm verbessert: War vor zehn Jahren nicht einmal die Hälfte der 55- bis 64-Jährigen in Lohn und Brot, sind es mittlerweile gut zwei Drittel. Darüber hinaus kletterte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den letzten Jahren überproportional. Befristungen und Minijobs sind dagegen rückläufig.

Dass mehr Arbeit auch mehr Wohlstand bedeutet, zeigt die auch Entwicklung des Volkseinkommens, das alle Erwerbs- und Vermögenseinkommen umfasst. Es lag 2015 um zehn Prozent über dem Niveau von 2012. Dabei legten die Arbeitsentgelte mit elf Prozent sogar stärker zu als die Gewinneinkommen (plus neun Prozent). D.h. die Löhne ziehen an.

Unterm Strich kann man sagen: Wirtschaftlich läuft das Land auf Hochtouren, aber politisch fühlt es sich gelähmt. Der Reichtums- und Armutsbericht der Bundesregierung widerlegt die These von der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich. Seit 2005 ist die Gesellschaft weitgehend stabil. Rund 78 Prozent der Bevölkerung zählen danach zur Mittelschicht.

(Während es bis 2010 eine Zunahme der Spreizung bei den Bruttolöhnen gegeben habe, gebe es seither „eine gebremste oder rückläufige Lohnungleichheit“, so die Autoren des Berichts. Bedeutsamer als die Bruttogehälter sind indes die verfügbaren Einkommen. Auch hier stellt der Bericht fest, dass es seit 2005 insgesamt eine „weitgehend stabile Verteilung der Einkommen“ gibt.)

Werfen wir noch einen Blick auf das Thema der Angst vor Altersarmut – ein wichtiges Thema für die Deutschen. In einer Umfrage für den Armuts- und Reichtumsbericht sagen zwei von

drei Personen, dass sie in der Ruhestandsphase ein hohes oder gar sehr hohes Risiko sehen, von Armut betroffen zu sein. Dabei zeigt die bisherige Entwicklung, dass die Renten in den vergangenen Jahren stets gestiegen sind. Und dies, obwohl infolge der Riester-Rentenreformen das Rentenniveau von 53 Prozent auf jetzt rund 48 Prozent abgesenkt wurde. Das Rentenniveau – sie wissen es - gibt an, wie hoch die Rente im Verhältnis zum Lohn nach 45 Beitragsjahren ist.

Dennoch darf man nicht vergessen: Obwohl Deutschland insgesamt ein wohlhabendes Land ist, leben hier Menschen, die sich vieles von dem nicht leisten können, was das Gros der Bevölkerung für selbstverständlich hält. Eine solche (erhebliche) materielle Entbehrung ist nach der Definition der Armutsforscher gegeben, wenn man sich beispielsweise kein Auto und keine Waschmaschine leisten kann, zudem Schwierigkeiten hat, die Miete pünktlich zu zahlen und beim Heizen spart. Die Quote der Menschen, die in solchen prekären Verhältnissen leben, ist aber auch seit 2013 von 5,4 auf 4,4 Prozent gesunken.

Allerdings, so kommentiert das Diakonische Werk Deutschland den vorgelegten Bericht der Bundesregierung, Arbeitslosigkeit und Sozialleistungsbezug hätten zwar abgenommen, "aber die relative Armut hat in den letzten Jahren zugenommen. Die reichsten Haushalte haben einen immer größeren Anteil am Gesamteinkommen, das in Deutschland erwirtschaftet wird. Die ärmsten Haushalte bekommen immer weniger ab", sagte Diakonievorstand Maria Loheide.

Die vormalige Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles kommentierte ihren Bericht wie folgt:

"Die Mitte stabilisiert sich. Das liegt an hoher Beschäftigung und guten Tariflöhnen. Die soziale Frage bleibt aber auf der Tagesordnung: "An den Rändern franst die Gesellschaft aus: Vor allem niedrige Löhne und Einkommen steigen im Verhältnis viel langsamer"

Nochmal: das Fazit lautet: Unterm Strich kann man sagen: Wirtschaftlich läuft das Land auf Hochtouren, aber politisch fühlt es sich gelähmt. Der Politik traut man jedoch nicht zu, einen Prozess zu moderieren, der die Absicherung von Wohlstand bedeutet, geschweige denn die großen Fragen welt-wirtschaftlicher Koexistenz beantwortet. (z.B. Klimawandel, Friedensbildung,) Eigentlich sagen viele Menschen deshalb uns allen, eine eher düstere Zukunft- und der heutigen Jugend massive neue Herausforderungen in der persönlichen Lebensgestaltung und im globalen Miteinander voraus.

Zu 2. Werden die Verächter der Parteiendemokratie stärker? – mein Kommentar dazu: Wertekonsens gesucht – Gutes öffentliches Streiten stärkt unsere Gesellschaft!

Im Frühjahr waren viele Europäer erleichtert. Niederländer und Franzosen hatten Rechtspopulisten nicht so zahlreich wie befürchtet ihre Stimmen gegeben. Marine Le Pen, die Chefin des französischen Front National, wurde nicht erste Präsidentin des Landes, in

den Niederlanden ging Geert Wilders nicht als Sieger aus den Parlamentswahlen hervor. Nur, eigentlich konnte es wirklich nicht beruhigen, dass Le Pen in der Stichwahl auf fast 34 Prozent der Stimmen kam und Wilders mit seiner Partei auf Platz zwei vorgerückt war, meine ich.

Nur allzu bereitwillig wurde und wird übersehen, dass Rechtspopulismus in Europa salonfähig geworden ist. Das hängt auch mit der tiefen Krise der alten Volksparteien zusammen, wie sie fast alle westeuropäischen Länder kennen. Schauen wir – aus ganz aktuellem Anlass nach Italien - . Dort implodierte das Parteiensystem der Nachkriegszeit zu Beginn der 90er Jahre in riesigen Korruptionsskandalen. Die Gunst der Stunde nutzte ein Unternehmer aus Mailand, der mit seiner Forza Italia etwas ganz Neues versprach. Die Italiener griffen begierig zu. Mehr als zwei Jahrzehnte, von wenigen kurzen Unterbrechungen abgesehen, überließen sie sich und das Land einem Antipolitiker vom Schlage Silvio Berlusconi, der die Gesetze scham- und skrupellos zu seinen Gunsten verbog und die neue Partei zu einem Ein-Mann-Wahlverein formte.

Möglich war das, weil Berlusconi die Lega Nord hinter sich wusste. Ohne die Rechtspopulisten aus dem Norden hätte er nicht regieren können. Geboren war damit eine Art Prototyp des neuen europäischen Rechtspopulismus. Italien ist ein Lehrstück dafür, was geschieht, wenn Antipolitiker und Populisten sich verbünden. Von den Verwüstungen, die der Berlusconi hinterlassen hat, erholt sich das Land nur schwer. Es hat heute sogar zwei starke populistische Parteien, die Fünf-Sterne-Bewegung und eben die Lega Nord, die seit letzter Woche nun sogar die neue Regierung stellen.

Ein Bündnis aus Rechtspopulisten und bürgerlichen Nachahmern regiert seit einiger Zeit nun auch in Österreich. Erschreckt nehmen die Nachbarländer zur Kenntnis, wie weit das Land nach rechts gerückt ist. Dabei ist das Wahlergebnis nicht sehr überraschend. Auch Österreich hat seit Jahrzehnten Erfahrung mit Rechtspopulisten. Jörg Haider hat seinerzeit vorgemacht, wie das Potenzial zu nutzen ist, wenn man nur die Klaviatur der Ängste zu bespielen versteht.

In Deutschland – so wissen wir – hängt das Erstarken der AfD unmittelbar von der Verwaltungskrise in der Flüchtlingsnot 2015 zusammen. Es klingt hart, aber die Politik der Kanzlerin hat tatsächlich dafür gesorgt, dass heute in fast allen Länderparlamenten und nun auch im Reichstag die Rechtspopulisten vertreten sind – mancherorts sogar als stärkste Oppositionspartei, wie z.B. in BW.

So verschieden die Lage in den einzelnen Ländern auch sein mag, es gibt einen Kern, der alle Rechtspopulisten verbindet: die Skepsis gegenüber dem Projekt Europäische Union, die Angst vor dem sozialen Abstieg – und die Fremdenfeindlichkeit, sowie Islamophobie.

Und diese Saat der Angstmache geht auf: In Duisburg, so berichtet die Osnabrücker Zeitung, kann eine junge Mutter ihre Mädchen nicht beim "BSF Hamborn 07 Top Fit" zum Tanzkurs

anmelden. Der Frau wurde der Zutritt verweigert, weil sie ein Kopftuch trägt. Religion und Politik hätten beim Sport nichts verloren, sagt der Vereinsvorsitzende.

In Wien überschütteten Menschen ein Neujahrsbaby und seine jungen Eltern mit grausamen Hasstexten, auch hier, weil die Mutter ein Kopftuch trägt.

Keine Frage. Es ist eine Minderheit, die sich asozial verhält, doch sie wähnt sich als Mehrheit und tritt entsprechend lautstark und provozierend auf. Viele sind sich heute über die PR-Strategien der Populisten im Klaren, dennoch bekommen sie nach wie vor zu viel Aufmerksamkeit. Politik und Medien haben sich den Floh ins Ohr setzen lassen, dass es immer und immer wieder um Flüchtlinge, Migration, Islam gehen müsse. Dass das die Themen seien, die die Menschen bewegten. (Sondierungsgespräche zur neuen Bundesregierung)

Zweifelsohne sind das wichtige Themen. Aber muss es immer nur darum gehen? Oder alternativ um Donald Trump?! Viele Deutsche interessiert ganz anderes: Arbeitsverdichtung, Dauerstaus, zerbröselnde Brücken und kaputte Straßen, Zukunft der E-Mobilität, verödennde Innenstädte und ländliche Gebiete, Tierschutz und Landwirtschaft, Überlastung von Kranken- und Altenpflegern, Stümpereien in der Bildungspolitik...

Während Konservative ihren bürgerlichen Kern abgrenzen, heißt das Motto bei anderen: immer krasser, immer heftiger, immer unbarmherziger draufhauen. Die AfD-Fraktionsspitze twittert von „importierten, marodierenden, grapschenden, prügelnden, Messer stechenden Migrantenmobs“ und „barbarischen, muslimischen, gruppenvergewaltigenden Männerhorden“, die es an Silvester 2017 gar nicht gegeben hatte.

Unsere Debattenkultur verkommt zusehends – und dabei denke ich nicht nur an soziale Medien. Es werden nicht nur Äußerungen von Anderen kritisiert, nein - der ganze Mensch dient als Angriffsfläche. Und selbst das reicht vielen nicht aus. Um unliebsame Personen mundtot zu machen, werden zunehmend die Angehörigen mit reingezogen. Die Staatsministerin Aydan Özoguz erlebt das, die Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli, die Bloggerin Kübra Gümüşay und andere. Sie alle werden auch über ihre Familien attackiert. Mich erinnert das an ein Vorgehen in autoritären Regimen. Wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn sich bald niemand mehr traut, Haltung zu zeigen.

Deshalb müssen wir der vergifteten Debattenkultur im Land auf breiter gesellschaftlicher Basis beikommen. Dazu gehört juristisches Durchgreifen bei Volksverhetzung und Beleidigungen. Hier sind die Staatsanwaltschaften gefragt. Dazu gehört, dass sich Politik und Medien nicht permanent von Populisten die Themen diktieren lassen. Und wir selbst müssen uns an die eigene Nase fassen, und verbal abrüsten. „Der Spruch – das wird man ja noch mal sagen dürfen“ – ist jedenfalls kein Freifahrtschein für Beleidigungen und übrigens auch nicht durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt! (Grundgesetz).

Die Mehrheit der Bevölkerung mag das alles nur am Rande wahrnehmen. Das ist gut so. Doch die Vehemenz, mit der man die Öffentlichkeit mit Themen wie Flüchtlinge, Migration,

Islam, Trump, AfD traktiert, hat konkrete Folgen für unser aller Alltag. Das zeigen die genannten Beispiele in Duisburg und Wien... Wir müssen zu mehr Sachlichkeit zurück. Wir drohen, uns selbst zu verlieren. Die erste Eskalationsstufe ist längst erreicht. D.h. letztlich geht es um die Frage der öffentlichen Auseinandersetzung und damit um die Frage nach einem Wertekodex – nicht nur für Politiker und Journalisten, sondern auch für uns selbst!

Zu 3. Werden wir mit den Flüchtlingen in Deutschland so etwas bekommen, wie die Vorstädte in Frankreich? – mein Kommentar dazu: entliehen von Ulrich Wickert – die Deutschen sind sich fremd – oder: Gibt es eine deutsche Identität?

Vielen Deutschen wird ihr Land fremd. Sie fürchten, dass Zuwanderung ihre eigene Kultur gefährdet und verändert und das wollen sie nicht! Ja, Deutschland ist längst ein Einwanderungsland und verändert sich rasant. Das ist nichts Neues, aber wird erst jetzt von den Regierenden als Aufruf zum Handeln verstanden. Viele Ökonomen und Politiker betonen die erfreulichen Seiten der Entwicklung, wie Gewinnung von Fachkräften oder einem Entgegenwirken einer Vergreisung unserer Gesellschaft, doch es gibt inzwischen eine große Gruppe, die diese Entwicklung alles andere, als erfreulich findet. Diese Menschen fragen sich, wie ihre Heimat wohl in 10, 20, 30 Jahren aussehen wird. Und sie zweifeln, ob die Regierung die damit einhergehenden Herausforderungen und Probleme lösen kann, die sich bereits jetzt durch die mangelnde Integration mancher Migranten abzeichnen. (nicht nur aktuelle, sondern auch bereits langjährig Anwesende, wie z.B. bei Türken, Spätaussiedler, Russlanddeutsche, ...) Etliche fürchten, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel Deutschland mit einer planlosen Einwanderungspolitik in eine düstere Zukunft führt. Wie eine Umfrage im Auftrag der „Bild“-Zeitung zeigt, ist erstmals die Mehrheit der Deutschen gegen die Politik der Kanzlerin. Die aktuellen Zahlen dokumentieren eindrucksvoll, dass die Stimmung tatsächlich gekippt ist. Stimmte ursprünglich eine relative Mehrheit der Flüchtlingspolitik zu, hat sich das Verhältnis mehr als umgedreht.“

Im Klartext bedeutet das, dass 51,9 Prozent gegen die aktuelle Flüchtlingspolitik sind. 17,5 Prozent der Befragten gaben an, ihre Meinung zuletzt geändert zu haben. Sie waren ursprünglich Unterstützer und lehnen die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin erst seit Kurzem ab. Lediglich 2,9 Prozent der Befragten gaben an, dass sie die Flüchtlingspolitik überhaupt nicht interessieren.

Die Angst vor einer ungesteuerten Migration ist nicht neu. Spätestens durch das Buch von Thilo Sarrazin „Deutschland schafft sich ab“ aus dem Jahre 2010 wird darüber diskutiert. Damals kamen gerade 40.000 Flüchtlinge im Jahr, so viele kamen 2015 häufig in einem Monat nach Deutschland - heute sind es insgesamt seit damals, ca. 1,4 Mio Flüchtlinge, die nach Deutschland kamen.

Seitdem leiden große Teile des Landes unter Identitätsstress: Deutsche ohne ausländische Wurzeln haben Angst, dass Zuwanderer ihnen ihre Heimat wegnehmen könnten; Deutsche

mit Zuwanderungsgeschichte fühlen sich ausgegrenzt und fremd; Und jene, die neu als Flüchtlinge hier ankommen, denken bei Heimat zuerst an das, was sie verloren haben.

Hinzu kommt, dass nur wenige Deutsche zwischen Islam und Islamismus unterscheiden. Einer aktuellen Forsa-Umfrage zufolge, sagt jeder 4. Deutsche, dass der Islam etwas sei, was ihm Angst mache. Muslime stehen unter Rechtfertigungsdruck, selbst wenn sie sich integriert haben, tolerant und weltoffen sind.

Auf der anderen Seite jedoch fehlt es bei manchen muslimischen Verbänden an offener Unterstützung für die Rechte unseres Grundgesetzes. Dies ist um so ärgerlicher, als die gleichen Verbände dann schweigen, wenn der türkische Präsident Erdogan Bundesabgeordnete beschimpft und bedroht oder unsere Bundesregierung mit Nazivergleichen verunglimpft.

In dieser festgefahrenen Debatte wünschte ich mir vor allem zuerst ein Ende der Scheinheiligkeit auf allen Seiten – auf Seiten derer, die vermeintlich die deutsche Heimat und dessen Kultur verteidigen und eine Überfremdung herbeireden, ohne je einen Ausländer gesehen, geschweige denn getroffen zu haben – und aber auch auf Seiten der sogenannten weltoffenen kosmopolitischen Elite, die sich entrüstet abwendet, sobald jemand nicht ihr Weltbild teilt.

Beheimatung geht dabei einher mit einer selbstbewussten Identität. – individuell, wie gesellschaftlich! Jahrzehntelang haben die Deutschen nach dem Greuel des 2. Weltkriegs keine nationale Identität gepflegt. Man konnte und wollte sich schließlich nicht mit oder an etwas etwas identifizieren, was als Schandfleck der deutschen Geschichte galt und gilt. Heute, meine ich, ist ein selbstbewusster Umgang mit diesem Teil der Geschichte zur Bildung einer nationalen Identität von Nöten, um nicht denen die Deutungshoheit über Begriffe wie Heimat und Deutsch-Sein zu überlassen, deren politisches Konzept von Nationalismus, Nationalstaatlichkeit und Abschottung geprägt ist.

(Die Besonderheiten einer kollektiven Erfahrung in der Geschichte, wie etwa das Dritte Reich können zu einer besonderen Prägung der Identität der Deutschen führen – oder es kann – so der Soziologe Norbert Elias – ebenso zu einer kritischen Störung des Gefühles der Identität mit sich selbst führen.“)

Dabei geht es mir nicht um ein statisches Verständnis von Identität (Ich lehne z.B. auch den Begriff der Leitkultur ab, weil er statisch und unveränderbar benutzt wird) auch hat eine Gesellschaft keine Identität, wie eine Person, die in deren Einzigartigkeit besteht. Eine nationale Identität – so der Philosoph Jürgen Habermas – zeichnet sich gerade dadurch aus, dass sie nicht angewandt werden kann, wie die Rechttradikalen es versuchen, in dem sie Identität benutzen, um andere auszuschließen, nach dem Motto: Ich bin als Deutscher ein besserer Mensch, Sondern die Rangfolge muss heißen: von Geburt an Mensch, aus Zufall Franzose, Deutscher oder Muslim , so Ulrich Wickert in seinem jüngsten Essay.

Was kann Kirche tun?

1. Bleibe ich bei dem Aufriss und der Reihenfolge meiner aufgeführten Themen, dann nenne ich als ersten Punkt kirchlichen Handlungsmöglichkeiten-/notwendigkeiten die christliche Botschaft von Gottes Liebe zu den Menschen und der ganzen Natur. Das hört sich wirklich nicht neu an, aber es ist die Grundlage schlechthin kirchlichen Auftretens im öffentlich-gesellschaftlichen Diskurs. Das zeigt sich konkret in Fragen der Flüchtlings- und Asylpolitik, wie auch in Fragen der Gestaltung eines Lebensstils, der alle Menschen und alle Natur im Einklang leben wissen will, und nicht weiter das Leben einiger weniger auf Kosten anderer vergisst.

Darüber hinaus bedeutet das Festhalten und Beharren auf die Menschenliebe Gottes, eine Absage an all jene, die versuchen Christsein neuerdings aus einer Art christlich-jüdischem Kulturverständnis zu deuten und mit schwarz-rot-goldenen Kreuzen auf die Strasse gehen.

Nein – Gottes Liebe zu den Menschen setzt eben gerade die Liebe der Menschen untereinander und das Verständnis füreinander frei, von der die biblischen Botschaften getränkt sind. Oder mit den Worten des EKD Ratsvorsitzenden Heinrich Bedford-Strohm: „Sich für Flüchtlinge einzusetzen, gehört zur DNA des Christentums“. Diese Grundeinstellung fördert meiner Meinung nach auch insgesamt eine positive Grundeinstellung zum Leben und wehrt sich gegen Pessimismus und Angst vor der Zukunft. Eigentlich müssten deshalb gläubige Christen immun gegen die Angstmacherei der Rechten sein, oder??

2. Kirche sollte und kann – als gesellschaftliche Institution - einen Wertekonsens in der öffentlichen Auseinandersetzung einfordern. Diese Forderung betrifft alle für die öffentliche Meinungsbildung Verantwortlichen. Neben den politisch Verantwortlichen möchte ich an dieser Stelle einmal mehr die Verantwortung der Medien in Erinnerung bringen. Sie wissen dass die Kirchen in den Rundfunkbeiräten der öffentlich-rechtlichen Anstalten vertreten sind und sich dort einbringen – aber eben nur dort. Das Aufkommen der privaten Rundfunksender und die in den letzten Jahren stark zunehmende Digitalisierung hat zu gewaltigen Veränderungen in der Berichterstattung, (Fake news) aber auch in der Gestaltung unserer eigenen Lebensvollzüge geführt. Wenn sie bedenken, dass über 60 Prozent der Menschen in Stuttgart ein Singledasein führen und davon ein nicht unerheblicher Prozentsatz den Tag damit verbringt, erst zu arbeiten und danach Medien zu nutzen, kann man sich vorstellen, wie wenig Chancen Kirche mit ihren traditionellen Angeboten hat, diese Menschen noch zu erreichen. Und es lässt sich erahnen, wie wenig Menschen nur noch so etwas, wie Gemeinschaftserfahrungen sammeln, die doch für das soziale Miteinander unerlässlich sind.

Mein Punkt zum Thema: Ringen um einen gesellschaftlichen Wertekonsens bedeutet für die Kirche allerdings auch, dieses Ringen selber zu vorzuleben und zu zeigen, wie fruchtbare Streitkultur aussehen kann. Ich möchte Ihnen in diesem Zusammenhang

die jüngste Broschüre der Kammer der EKD für öffentliche Verantwortung zur Lektüre, aber vor allem zur Diskussion mit Kolleginnen und Kollegen empfehlen. Sie trägt den Titel: Konsens und Konflikt – Politik braucht Auseinandersetzung. Sie stellt u.a. die Frage, ob im politischen Streit moralisch-beanspruchte Positionen hilfreich sind, oder im Gegenteil nicht zulässig. Das ist für Kirchengemeinden wirklich eine mächtig wichtige Frage, in ihrer Beteiligung im öffentlichen Diskurs.

3. Und vorletztes: Kirche kann und sollte Beheimatung bieten. Ich habe bereits erwähnt, wie sich durch Veränderungen der Arbeitsstruktur und der Mediennutzung die Potentiale für gemeinschaftliches Zusammenkommen zunehmend minimieren. D.h. einladende Kirche zu sein – aber vor allem – aufsuchende Kirche zu sein. Allein lebenden Menschen zu zeigen, dass Ihnen Aufmerksamkeit widerfährt. Besuchsdienstarbeit – Seelsorgearbeit sollte meines Erachtens heute im Zentrum kirchlicher Tätigkeiten liegen, weil sie a) viele Chancen des Zugangs zu Menschen hat, die sich zum Beispiel nicht durch Angebote der Erwachsenenbildung angesprochen fühlen – und b) im persönlichen Gespräch und Zusammensein – allein durch persönliche Präsenz – das Alleinsein aufhebt. Wenn mich jemand fragen sollte, wie Kirche einen Zugang zu heutigen verunsicherten, pessimistischen Menschen bekommen und pflegen kann, wäre meine Antwort klar.

4. Und damit komme ich zum letzten Punkt. Ich denke, dass Kirche im besten Sinne eine christliche Identität stiften kann und sollte. Der bayrische Ministerpräsident hält den Islam für Deutschland – ich denke zurecht – für nicht identitätsstiftend, stattdessen ist für ihn das Kreuz als Symbol des christlichen Glaubens ein „Bekenntnis zur Identität“, wie er sagt, weshalb er dieses nun in alle bayrischen Amtsstuben aufhängen lässt. Er weiß dabei sehr wohl, dass das Kreuz kein Identitätszeichen irgendeines Landes oder Bundesstaates ist, aber er hat ein Gespür für die gefühlte Wirkungskraft des Kreuzes unter den Menschen in unserem Land. Söder benutzt das Kreuz nicht als Reliquie, sondern tatsächlich als Symbol für die identitätsstiftende Rolle des Christentums. Und da – so bin ich der Meinung – da wirkt es. Denn trotz leerer Kirchen gehört ein bestimmtes, über die Jahrhunderte gewachsenes Ausdruck christlichen Gedankenguts zum unbewussten Teil zur bayrischen – vielleicht sogar zur deutschen – Mentalität. Söders Kreuzesaktion wird deshalb bei der kommenden Landtagswahl Erfolge zeigen, weil er damit das Gemüt der Leute trifft. Insofern hat das Kreuz – auch – eine Heimat in unserem Land. Natürlich kritisieren wir Kirchen in diesem Zusammenhang zurecht, die politische Vernutzung des Kreuzes, aber seine Wirkmächtigkeit sollten wir trotz aller Kritik an Söder nicht kleinreden, sondern im Gegenteil als identitätsstiftendes Symbol unseres Glaubens hervorheben – aber nicht im bayrischen Sinne, sondern als das, was es tatsächlich ist: Als Symbol für die weltweite Einheit der Christen und der Liebe Gottes für alle Menschen auf Welt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!